

401 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 9. Juli 1970,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Landeslehrer-Dienst-  
rechtsüberleitungsgesetz 1962 abgeändert wird (6. Novelle  
zum LaDÜG. 1962)

Die Neuordnung der Volksschullehrerausbildung durch  
das Schulorganisationsgesetz 1962 hat eine Änderung des  
Dienst- und Besoldungsrechtes der Pflichtschullehrer erfor-  
derlich gemacht. Durch die vorgesehene 2. Gehaltsüber-  
leitungsgesetz-Novelle 1970 sollen neue Verwendungsgruppen  
eingeführt bzw. bisherige umbenannt werden. Die in besol-  
dungsrechtlicher Hinsicht erforderlichen Regelungen sind  
in der 20. Gehaltsgesetz-Novelle vorgesehen. Aus diesen  
Gründen ist auch eine entsprechende Anpassung des Landes-  
lehrer-Dienstrechtsüberleitungsgesetzes 1962, dessen Titel  
bei dieser Gelegenheit auf Landeslehrer-Dienstgesetz abge-  
ändert werden soll, erforderlich.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 13.  
Juli 1970 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen,  
dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Aus-  
schuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag,  
der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 9. Ju-  
li 1970, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Landes-  
lehrer-Dienstrechtsüberleitungsgesetz 1962 abgeändert wird  
(6. Novelle zum LaDÜG. 1962), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 13. Juli 1970

Dr. Anna D e m u t h  
Berichterstatter

N o v a k  
Obmann